

Stuttgart, den 13. Mai 2007

Mai / 2007

## **Schopf: „Wir brauchen mehr Studenten!“**

### **Stellungnahme zu Bundespräsident Köhlers Kritik an „chronisch unterfinanzierten“ Universitäten**

(Stuttgart) Zur Rede von Bundespräsident Horst Köhler am 11. Mai 2007 bei der Jahresversammlung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft erklärt der Landesvorsitzende der Liberalen Hochschulgruppen Alexander Schopf:

„Horst Köhler trifft mit seiner Kritik voll ins Schwarze. Deutsche Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Deutschland liegt laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei den Hochschulausgaben seit langem nur im Mittelfeld und bezogen auf die Wirtschaftskraft, sind die deutschen Ausgaben für Hochschüler sogar nur unterdurchschnittlich.

Neben mehr Geld für die Hochschulen benötigen wir aber noch etwas ganz anderes, das Präsident Köhler unerwähnt ließ: Wir brauchen mehr Studenten! Deutschland ist gerade dabei, den Bildungsboom zu verschlafen. Wir haben knapp die Hälfte der Studierendenquote Islands. Anders ausgedrückt, würde das für Baden-Württemberg bedeuten: 10 neue Universitäten und 200.000 neue Studierende. Und es gibt einen großen und steigenden Bedarf an Hochqualifizierten – weltweit.

Die jüngste Studie von HIS (Hochschul-Informationssystem) ergab jedoch einen drastischen Rückgang der Studierquote eines Abiturjahrgangs von 2002 bis 2005 um ganze 4 Prozent. Zwei Drittel derjenigen, die auf ein Studium verzichten, begründeten dies den Angaben zufolge mit dem Wunsch, möglichst bald finanziell unabhängig zu sein. Jeder Vierte fühlte sich durch Studiengebühren finanziell überfordert. Ich gebe zu bedenken, dass lediglich 25% der Studierenden die Voraussetzungen für eine BAföG-Förderung erfüllen. Von diesen erhalten dann nur etwa 30% den vollen BAföG-Satz. Ein Student hat zudem keinen Anspruch auf Wohngeld, Sozialhilfe oder ALG II. Auch das Leben während des Studiums muss menschenwürdig zu bestreiten sein, ohne dass sich das Studium durch Nebenjobs unnötig verlängert.

Wir fordern daher die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, durch die Steuermehreinnahmen, unsere Hochschulen mit größeren Geldmitteln auszustatten und eine Erhöhung der Studierendenzahlen herbeizuführen, damit unsere Wirtschaft konkurrenzfähig bleibt. Wir fordern auch, die geltende starre Studiengebührenregelung zu korrigieren und deren mögliche Erhebung den Hochschulen zu überlassen. Wir fordern aber auch deren Verwendung für die Lehre. In Anbetracht zurückgehender Studentenzahlen sind nicht für die Ausbildung der Studenten direkt verwendete Studiengebühren, etwa für Heizkosten, wie in Ulm oder Freiburg angedacht, gewiss kein geeignetes Mittel, den Anreiz ein Studium aufzunehmen, zu erhöhen.“

[www.lhg-bw.de](http://www.lhg-bw.de)

Landesverband Liberaler Hochschulgruppen Baden-Württemberg

Verantwortlich: Alexander Schopf, Landesvorsitzender  
c/o FDP Baden-Württemberg • Rotebühlstr. 133 • 70197 Stuttgart  
Homepage: [www.lhg-bw.de](http://www.lhg-bw.de) • E-Mail: [alexander.schopf@lhg-bw.de](mailto:alexander.schopf@lhg-bw.de)  
Fon: 0 71 56/2 14 95 • Fax: 0711/4 90 76 10 79